

## Teilung Oberschlesiens

## Schädigung der Weltwirtschaft

Mitten hinein in eine Entwicklung, die hoffen liess, dass allmählich doch die natürlichen Zusammenhänge der Weltwirtschaft eine politische Entspannung und Beruhigung herbeiführen würden, fällt die Entscheidung über Oberschlesien, deren Folgen noch unabsehbar sind. Jedenfalls aber bedeutet sie einen verhängnisvollen Rückschlag für die Wiederherstellung der siechen Weltwirtschaft.

Schon die unverbürgten Meldungen über die Art der Entscheidung übten eine überaus schädigende Wirkung. Die Verhandlungen über die grosse Kreditaktion der schaffenden Stände, die dem Zweck dienen sollten, die Durchführung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen zu erleichtern, wurde verlagert, und die Aussicht auf eine Verstärkung der Regierungsgrundlage schlug jäh in eine Regierungskrise um. Die Anhänger einer Verzweiflungspolitik, die seinerzeit die Ablehnung des Ultimatums empfahlen und einer „passiven Resistenz“ gegenüber der ganzen Welt das Wort geredet hatten, triumphierten laut über die „Bestätigung“ ihrer Voraussetzungen, dass Deutschland auch bei Bekundung des besten Willens und bei Durchführung der grössten Leistungen nicht auf eine Berücksichtigung seiner Lebensinteressen rechnen könne.

In der Tat bedeutet die Teilung des oberschlesischen Industriegebiets, dessen Unteilbarkeit von allen Sachverständigen betont wird, einen Sieg der „Politik“ über die Wirtschaft, der Unvernunft über die Erkenntnis realer Notwendigkeiten. Mag die Grenzteilung, deren offizielle Veröffentlichung dem Grossen Rat der Entente überlassen blieb, diese oder jene künstliche Lösung versuchen, die entscheidende Tatsache ist, dass überhaupt der Versuch gemacht wurde, ein Gebiet zu zerschneiden, von dem der englische Abgeordnete Kenworthy sagte, es sei unteilbar „wie das Werk einer Uhr“.

Die Zerteilung Oberschlesiens ist das Ergebnis eines Kompromisses, behaftet mit allen Zeichen einer Verlegenheitslösung, die nur getroffen wurde, weil man in dem Verzicht auf die Entscheidung ein noch grösseres Uebel erblickte. Wäre man von der wirtschaftlichen Einheit des Gebiets ausgegangen, statt subaltern an der zugewiesenen Aufgabe der politischen Teilung hängen zu bleiben, so hätte sich zum mindesten ein Provisorium ergeben können, das die ärgsten Schädigungen vermindert und vielleicht sogar den Keim zu einer wirklichen Lösung enthielt. Für die gemeinschaftliche Verwaltung des Industriezentrums, das jetzt zwischen Polen, Tschechoslowakei und Deutschland zerteilt ist, durch Vertreter dieser Anligesstaaten hätte eine Form gefunden werden können, die europäischen Charakter trug und dem Wiederaufbau gedient hätte, während jetzt die nachträglich hineingeflickte deutsch-polnisch-tschechoslowakische „Übergangsverwaltung“ bei dem deutschen Volk den Eindruck

erwecken muss, als füge man zu dem Raub einer durch deutschen Fleiss entwickelten Provinz, deren Gedeihen von der deutschen Arbeit abhängt, noch wie zum Hohn die Zumutung, dem unfähigen Nachbarn den Besitz, mit dem er nichts anfangen kann, in stand zu halten und nutzbringend zu gestalten.

Den Schaden, der durch die Zerstückelung Oberschlesiens entsteht, hat nicht Deutschland allein zu tragen, Europa, die ganze Welt muss darunter leiden, dass die Staatsmänner der Sieger den Weg zum wahren Frieden immer wieder versperrten.

## Das deutsch-französische Abkommen

Die Erkenntnis, dass aus der Zerstörung und Zerteilung, aus Gewalt- und Drohung neues Unheil entstehen muss, hat allmählich trotz des lauten Geschreis der rückwärts gekehrten Politiker die Oberhand gewonnen. Die verhängnisvollen Folgen, die aus dem Sturz der deutschen Währung entstanden sind und noch weiter entstehen werden, haben auf die Staatsmänner alten Schlages, die glaubten, die Wirtschaft ausschalten zu können und die realen Tatsachen ebenso kommandieren und dirigieren zu können wie ihre Kammermehrheiten, wie eine

Offenbarung gewirkt. Das Verständnis für die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge hat in den letzten Wochen ungeahnte Fortschritte gemacht. Von dieser Erkenntnis hängt es in erster Linie ab, ob die Welt draussen Deutschland den Lebensspielraum wieder einräumt, den es braucht, und der ihm gewährt werden muss, nicht nur um seiner selbst willen, sondern in erster Linie im Interesse der internationalen Wirtschaft, die zum dauernden Siechtum verurteilt bleibt, wenn Europa, der Stütze der deutschen und der russischen Arbeit beraubt, in sich zusammenbricht.

Das Abkommen, das zwischen dem deutschen und französischen Wiederaufbauminister in Wiesbaden unterzeichnet wurde, sichert Frankreich deutsche Leistungen und Lieferungen im Werte von 7 Milliarden Goldmark in der Zeit bis 1926 zu. Diese Zusage bedeutet für Deutschland eine überaus schwere Belastung, die nur dadurch ausgeglichen wird, dass sie keine Barzahlung an das Ausland erfordert und vor allem dadurch, dass sie die Aussicht auf eine ruhigere Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen eröffnet. Solange die Gefahr besteht, dass in Frankreich die Rezepte der Nationalisten befolgt werden, die eine Zerrüttung Deutschlands anstreben, solange ist an einen wirklichen Wiederaufbau nicht zu denken. Wenn einmal erst das Abkommen von Wiesbaden zu wirken beginnt, ist damit ein solches Gegengewicht gegen eine rein politische Betrachtung geschaffen, dass Deutschland eine gewisse Rückenfreiheit am Rhein erhält. Umgekehrt gilt dasselbe für Frankreich.

## Appell an die Industrie

Der französische Ministerpräsident Briand hat in einer Rede in St. Nazaire, die als programmatischer Auftakt zur Kammereröffnung galt, im Anschluss an das Abkommen von Wiesbaden ein Programm des europäischen Wiederaufbaues entwickelt. Den Gegnern einer Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hielt er zwei zwingende Gründe entgegen: die Notwendigkeit des Verständnisses mit den Alliierten, vor allem mit England, und die Notwendigkeit einer Gesundung der Welt. Heute, so erklärte er, sei die Lage so, dass die valutastarken Länder durch die Höhe ihrer Wechselkurse verarmten, während Deutschland im Tiefstande seiner Mark die Bedingungen finde, die ihm eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt ermöglichen. Wenn Frankreich diese Situation nicht klar erkenne, so setze es sich den schrecklichsten Enttäuschungen aus. „Ich hoffe, dass angesichts einer solchen Lage die Grossindustriellen der ganzen Welt in kurzer Zeit das Bedürfnis fühlen werden, sich im Interesse ihrer eigenen Länder solidarisch zu erklären. Die Regierung werde sich bemühen, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Tatsache zu lenken, dass ohne eine Solidarität aller das Gleichgewicht nicht wieder herzustellen sei. Gleichzeitig macht sich in

## Wiesbadener Beschlüsse



Papst Benedikt XV.

Aufnahme von Nicola Perscheid. Aus der photographischen Ausstellung im Kunstgewerbemuseum in Berlin